

Vorlage für die Sitzung des Senats am 14.10.2025

**„Haushaltsaufstellung 2026/2027 – Ergebnisse der Beratungen in den
Fachdeputationen/Fachausschüssen sowie Restanten“**

A. Problem

Der Senat hat in seiner Sitzung am 2. September 2025 die Ergebnisse aus der Revisionsphase zu den Haushaltsvorentwürfen 2026/2027 einschließlich der Einhaltung der Eck- und Planwerte sowie den dargestellten Verschiebungen zwischen den Aggregaten und den Gebietskörperschaften beschlossen.

Bezüglich der darüberhinausgehenden weiteren abschließenden Klärungs- und ggf. daraus resultierender Anpassungsbedarfe wurden die betroffenen Ressorts gebeten, die Aufklärung ggf. unter Beteiligung betroffener Ressorts mit dem Senator für Finanzen bis zum 8. September 2025 vorzunehmen. Eventuell verbleibende Überschreitungen waren durch pauschale Anschlagsreduzierungen (Ausgaben) bzw. -aufstockungen (Einnahmen) bei den Sach- und Investitionsmitteln auszugleichen.

Der Senat bat den Senator für Finanzen, im Nachgang zu den Ergebnissen der Revisionsphase weitere diverse haushaltstechnische Anpassungsnotwendigkeiten und erforderliche Nacharbeiten bis zum 8. September 2025 vorzunehmen und abzuschließen.

Diese ergaben sich aus den Beschlusslagen des Senats vom 2. September 2025 u.a. zur Fortschreibung der Eckwerteaufstockungen für 2028/2029, zur damit verbundenen Einstellung einer planerischen produktplanbezogenen globalen Minderausgabe für die Planungsjahre 2028/2029 sowie zur Fortschreibung der fiskalischen Effekte aus den Sanierungsmaßnahmen und den strukturellen Entlastungsmaßnahmen für die Planungsjahre 2028/2029.

Hinzu kamen weitere haushaltstechnische Bereinigungen u.a. zur Auskehrung der zentralen Tarifvorsorge im Produktplan 92 Allgemeine Finanzen für den TVöD-Abschluss 2025/2026 auf die Haushaltsstellen für Personalkostenzuschüsse an Ausgliederungen sowie zur haushaltstechnischen Zusammenführung der sogenannten Gestaltungsmittel und der Mittel aus dem Härtefallfonds im Produktplan 93 Zentrale Finanzen als „Verstärkungsmittel“.

Des Weiteren wurden die Ressorts gebeten, soweit noch nicht erfolgt, eine abschließende Konkretisierung/Präzisierung der Mittelverwendung aus der Eckwerteaufstockung Klimaschutz im Sinne der vorgesehenen Zweckbindung spätestens bis zur erforderlichen Gremienbefassung zur Mittelfreigabe im Haushaltsvollzug vorzunehmen und die Vorgaben zur gesonderten Veranschlagung einzuhalten und die Kennzeichnung

von sämtlichen, bereits finanzrelevanten Maßnahmen des Aktionsplans Klimaschutz zu überprüfen und sicherzustellen.

Der Senator für Finanzen hat mit Nachricht vom 5. September 2025 alle Fachressorts darüber informiert, dass die Einarbeitung der Datenlagen aus der vom Senat beschlossenen Revisionsvorlage vom 2. September 2025 zur Fortschreibung der ausgewählten Eckwerteaufstockungen, der Sanierungsmaßnahmen und der strukturellen Entlastungsmaßnahmen sowie die Einstellung der produktplanbezogenen globalen Minderausgaben für die Planungsjahre 2028/2029 erfolgt ist.

Zur besseren Vergleichbarkeit und Nachvollziehbarkeit der vorgenommenen Datenänderungen wurden den Fachressorts zudem produktplanbezogene Vergleichsdateien übermittelt.

Sofern keine darüberhinausgehenden Datenänderungen mehr erforderlich waren, waren die Fachressorts angehalten, auf dieser Grundlage ihre Unterlagen zu den Haushaltsvorentwürfen zusammenzustellen (SAP-Version 30) und die Befassung ihrer Fachdeputationen einzuleiten. Zudem haben vereinzelte Fachressorts auch ihre Fachausschüsse parallel bereits einmal im Vorfeld zur Kenntnisnahme befasst, bevor die offizielle automatische Überweisung nach der senatsseitigen Einbringung der Haushaltspläne und Haushaltsgesetze aus der bremischen Bürgerschaft an die Fachausschüsse erfolgt.

Die Haushaltsvorentwürfe wurden vor diesem Hintergrund von den Fachressorts zur Beratung in die zuständigen Fachdeputationen eingebracht. Gemäß § 2 Abs. 1 Satz 2 des Gesetzes über die Deputationen wirken die Deputationen „beratend an der Aufstellung des Haushaltsplans für ihren Verwaltungszweig mit“.

Im Rahmen dieser Befassung sind auch die mit einer Stellungnahme versehenen Haushaltsanträge der Ortsämter (Beiräte) zu beraten. Die Fachdeputationen und Ausschüsse nehmen in der Regel grundsätzlich Kenntnis von den vorgelegten Haushaltsentwürfen, können aber auch Änderungen beschließen, über die dann abschließend vom Senat zu entscheiden ist.

Das für die Befassung der Fachdeputationen und Ausschüsse vorgesehene Zeitfenster umfasste den Zeitraum vom 9. September 2025 bis 26 September 2025. Aufgrund der engen Terminplanung waren die Ressorts gebeten worden, dem Senator für Finanzen die Ergebnisse der Beratungen ihrer Fachdeputationen und Ausschüsse (sofern befasst) zu den Haushaltsvorentwürfen 2026/2027 bis zum 26 September 2025 mitzuteilen. Die Deputation für Sport tagte erst am 2. Oktober 2025 und die Deputation für Kinder und Bildung am 7. Oktober 2025. Die Deputation für Wirtschaft und Häfen wurde am 1. Oktober 2025 befasst.

Der Senat bat zudem, die Senatorin für Arbeit, Soziales, Jugend und Integration sowie die damalige Senatorin für Kinder und Bildung die noch ausstehenden Wirtschaftspläne für den Eigenbetrieb KiTA Bremen sowie Werkstatt Bremen schnellstmöglich spätestens jedoch bis zum 10. Oktober 2025 dem Senator für Finanzen zuzuleiten.

Noch ausstehend ist zudem die abschließende Beschlussfassung über den Wirtschaftsplan für das Sondervermögen zur Bewältigung der klimaneutralen Transformation der

Wirtschaft, für dessen Beschlussfassung nach Art. 131d BremLV gesonderte Regularien gelten.

B. Lösung

I. Ergebnisse der Deputationsberatungen der Haushaltsvorentwürfe und daraus resultierende Änderungsbedarfe

Die Fachdeputationen haben im Rahmen ihrer Befassungen mit den Haushaltsvorentwürfen 2026/2027 und über die Vorgaben von § 2 Absatz 1 Satz 2 des Gesetzes über die Deputationen hinaus diesen zugestimmt. Vereinzelnd wurden die Haushaltsvorentwürfe 2026/2027 vorab den Fachausschüssen der Bremischen Bürgerschaft zur Kenntnis gegeben.

Die Ergebnisse der einzelnen Deputations- sowie (sofern erfolgt) der Fachausschussberatungen sind der **Anlage 1** (Deputationen) und **Anlage 2** (Fachausschüsse) zu entnehmen.

Die Fachdeputationen und Fachausschüsse haben **keine abweichenden Beschlüsse** gefasst.

II. Ergebnisse der Deputationsberatungen zu den Anträgen der Beiräte bzw. Ortsämter im Rahmen der Haushaltsaufstellung 2026/2027

Die Beiräte haben gemäß § 32 i.V.m. § 8 Abs. 4 des Gesetzes über Beiräte und Ortsämter (BeirOG) Haushaltsanträge über die Senatskanzlei an die Ressorts gerichtet. Die Anträge verfolgten thematisch unterschiedlichste stadtteilspezifische Zielsetzungen. Im Fokus stand dabei wie in den Vorjahren vielfach die Verbesserung der sozialen, wirtschaftlichen, kulturellen und verkehrsbezogenen Infrastruktur in den jeweiligen Stadt- und Ortsteilen. Bezüglich der Ergebnisse der Entscheidung wird auf die Ausführungen in der **Anlage 3** verwiesen.

III. Aktueller Stand der Beratungen zu den Wirtschaftsplänen für die bremischen Eigenbetriebe, sonstige Sondervermögen, Museumsstiftungen und Anstalten des öffentlichen Rechts

Mit den Haushaltsentwürfen sind der Bremischen Bürgerschaft auch die Wirtschaftspläne für die bremischen Eigenbetriebe, die sonstigen Sondervermögen, Museumsstiftungen und Anstalten des öffentlichen Rechts vorzulegen (Weiterleitung an die Bürgerschaft gem. Terminplan am 18. November 2025). Diese sind für den Zeitraum 2026 und 2027 durch die zuständigen Aufsichtsgremien im Vorfeld zu beschließen.

Die Ansätze der bereits beschlossenen Wirtschaftspläne 2026 und 2027 wurden verwaltungsseitig mit den Haushaltsansätzen in Bezug auf die Zuweisungen und die Investitionszuschüsse aus den Haushaltsplanentwürfen abgeglichen.

Sonstige Sondervermögen:

Mit Ausnahme der Wirtschaftspläne der Sondervermögen Immobilien und Technik (Land und Stadt) sowie des Sondervermögens zur Bewältigung der klimaneutralen Transformation der Wirtschaft sind alle vorliegenden Wirtschaftspläne von den jeweils zuständigen Sondervermögensausschüssen, Betriebsausschüssen und Stiftungs- bzw. Verwaltungsräten zwischenzeitig beschlossen worden.

Die Wirtschaftspläne der Sondervermögen Immobilien und Technik (Land und Stadt) und der Anstalt zur Bildung einer Rücklage für Versorgungsvorsorge (AVV) liegen im Entwurf vor. Sie sollen dem Haushalts- und Finanzausschuss jeweils in seiner Eigenschaft als zuständiger Sondervermögensausschuss zur Beschlussfassung – gemeinsam mit den Haushaltsentwürfen – vorgelegt werden.

Der Wirtschaftsplan für das Sondervermögen zur Bewältigung der klimaneutralen Transformation der Wirtschaft wurde in der Entwurfsfassung am 2. Oktober 2025 vom zuständigen Sondervermögensausschuss zur Kenntnis genommen. Hier folgt das Beschluss- und Festsetzungsverfahren den Regularien nach Art. 131d BremLV. Es ist vorgesehen, dass die finale Fassung des Wirtschaftsplans für 2026/2027 mit der senatsseitigen Einbringung der Haushaltspläne und Haushaltsgesetze 2026/2027, die für den 18. November terminiert ist, erfolgt. Dieser würde dann von der Bremischen Bürgerschaft im Rahmen der ersten Lesung an den Sondervermögensausschuss überwiesen werden.

Hochschulbereich (Universität Bremen (UNI), Hochschule Bremen (HSB), Hochschule Bremerhaven (HSBrhv), Hochschule für Künste (HfK), Studierendenwerk Bremen (StW) und Staats- und Universitätsbibliothek SuUB):

Die Wirtschaftspläne der UNI, der HSB, der HSBrhv, der HfK, des StW und der SuUB liegen vor.

Hier stimmen die geplanten Haushaltsanschlüsse mit den in den Wirtschaftsplänen angenommenen Zuweisungen und Investitionszuschüssen überein.

Bremische Eigenbetriebe, Museumsstiftungen und Anstalten des öffentlichen Rechts:

Mit Ausnahme des Wirtschaftsplanes des Eigenbetriebes Werkstatt Bremen liegen in diesem Bereich alle Wirtschaftspläne vor. Die Ansätze der beschlossenen Wirtschaftspläne 2026 und 2027 stimmen – mit den nachfolgend aufgeführten Ausnahmen – in Bezug auf die unmittelbaren Zuweisungen und Investitionszuschüsse mit den geplanten Haushaltsansätzen überein:

1. In dem Wirtschaftsplan von KiTa Bremen ergibt sich in 2027 eine Finanzierungslücke zwischen dem dargestellten Zuschussbedarf und dem Haushaltsentwurf in Höhe von rund 3,1 Mio. €. In diesem Zusammenhang steht die Zustimmung des Betriebsausschusses zum Wirtschaftsplan 2027 unter dem Vorbehalt, dass die dargelegte Finanzierungslücke durch die Verabschiedung einer Anschlussrege-

lung zum KiTa-Qualitäts- und Teilhabeverbesserungsgesetzes (KiQuTG), die aktuell noch aussteht oder – sofern eine Anschlussregelung ausbleibt – alternativ durch haushaltsseitige Priorisierungsentscheidungen innerhalb des Produktplans 21 geschlossen werden kann.

2. Die Wirtschaftspläne der dem Senator für Kultur zugeordneten Einrichtungen wurden den jeweiligen Aufsichtsgremien unmittelbar nach der Entscheidung zur Dezentralisierung von Tarifmitteln vorgelegt. Aus Zeitgründen konnten die hieraus resultierenden Veränderungen in der Höhe der Zuweisungen nicht mehr vor Befassung der jeweiligen Aufsichtsgremien umgesetzt werden. In diesem Zusammenhang haben die jeweiligen Aufsichtsgremien den Wirtschaftsplänen unter Berücksichtigung der im Nachgang zu den Beschlussfassungen vorzunehmenden Anpassungen um die verlagerten Tarifmittel zugestimmt.

Effekte des TvÖD-Abschlusses 2025 wurden nach dem Revisionsbeschluss dezentralisiert. Geplante Zuweisungen aus der zentralen Tarifvorsorge für zukünftige Tarifabschlüsse erfolgen vorbehaltlich der Ergebnisse aus der Bedarfsabfrage des Finanzressorts.

Für den Eigenbetrieb Immobilien Bremen (2026: -600 T€ / 2027: -550 T€) sowie die Anstalt öffentlichen Rechts Die Bremer Stadtreinigung (2027: -12 T€) wurden defizitäre Wirtschaftspläne vorgelegt. Diese Defizite sind durch das in den Einrichtungen jeweils vorhandene Eigenkapital gedeckt.

Mit Ausnahme der Bremer Volkshochschule weisen sämtliche Liquiditätspläne eine Liquiditätsüberdeckung aus. Der Liquiditätsplan der Bremer Volkshochschule weist erstmals im 1. Quartal 2026 eine Liquiditätsunterdeckung aus. In diesem Zusammenhang hat der Betriebsausschuss die Betriebsleitung in seiner Sitzung am 30. September 2025 u.a. gebeten, bis zu seiner nächsten Sitzung einen Wirtschaftsplan 2026/2027 vorzulegen, in dem liquiditätssichernde Maßnahmen berücksichtigt sind, die in 2026 und 2027 eine ganzjährige Absicherung der Liquidität bewirken.

Der Investitionsplan des Umweltbetriebs Bremen enthält Verpflichtungsermächtigungen i.H.v. 4.946 T€ in 2026 und i.H.v. 2.983 T€ in 2027 gemäß § 20 Absatz 2 Bremisches Sondervermögensgesetz.

Die Senatorin für Arbeit, Soziales, Jugend und Integration beabsichtigt, den ausschließlich entgeltfinanzierten Wirtschaftsplan 2026/2027 des Eigenbetriebes Werkstatt Bremen dem Betriebsausschuss voraussichtlich in seiner Sitzung am 05. Dezember 2025 vorzulegen.

Weitere Anpassungsbedarfe

Im Zuge der weitergehenden Überprüfung der Eckwertanalysen und Haushaltsvorentwürfe durch den Senator für Finanzen haben sich noch vereinzelte Anpassungsbedarfe ergeben. Diese betreffen im Wesentlichen haushaltstechnische Darstellungen sowie technische Anpassungen zur exakten Synchronisation der Werte aus den Eckwertanalysen und SAP (Version 30).

Im Zuge der Revisionsvorlage hatte der Senat die Senatorin für Kinder und Bildung für den Produktplan 21 gebeten, die vorgenommene Veranschlagung insbesondere im Deckungskreis 112 im Haushalt der Stadtgemeinde mit Blick auf die umzusetzenden Vorgaben für die Veranschlagung von Personalkostenzuschüssen und Zuwendungen zu prüfen und in Abstimmung mit dem Senator für Finanzen noch notwendige Anpassungsbedarfe zu identifizieren. In Abstimmung mit dem Senator für Finanzen wurden bei betroffenen Haushaltsstellen in den Zweckbestimmungen die Projektförderung ergänzt.

Des Weiteren wurde zur ordnungsgemäßen aggregatsbezogenen Verrechnung im Produktplan 68 Bau Mobilität und Stadtentwicklung eine neue konsumtive Verrechnungshaushaltsstelle 3696.981 61-1 „An andere Kapitel für die Programme „Soziale Stadt“ und „Sozialer Zusammenhalt“ (konsumtiv)“ eingerichtet und der Anschlag der Haushaltsstelle 3696.981 60-3 „An andere Kapitel für die Programme „Soziale Stadt“ und „sozialer Zusammenhalt“ (investiv)“ verlagert.

Ferner wurden im Produktplan 24 Hochschulen und Forschung im Haushalt des Landes für das Haushaltsjahr 2029 noch technische Anpassungen vorgenommen, deren Notwendigkeit erst nachträglich aufgefallen war. Diese haben Veränderungen bei den konsumtiven Ausgabeansätzen bei der Haushaltsstellen 0274.685 11-5 „Zuschuss zu den Sachausgaben der Universität“ (um 91 T€) zur Folge. In diesem Zuge wurde eine Anschlagsreduzierung aufgrund des Verwaltungskostenbeitrages i.H.v. 728 T€ in 2028 und 2029 von der 0274.685 11-5 „Zuschuss zu den Sachausgaben der Universität“ vorgenommen und zu der Haushaltsstelle 0290.685 44-3 „Hochschulverstärkungsmittel“ verlagert.

Aktuell wird zudem im Produktplan 71 Wirtschaft noch abschließend die Haushaltsstelle für die Fortschreibung der Sanierungsmaßnahmen in Höhe von jeweils 3 Mio. € p.a. in den Planjahren 2028 und 2029 geprüft.

Bestätigung der Zeitplanung für die Haushaltsaufstellung 2026/2027

Die Einbringung der Mitteilungen des Senats zur Weiterleitung der Haushaltsgesetze und Haushaltspläne 2026/2027 sowie der Finanzplanung 2025 bis 2029 ist nach aktuellem Stand weiterhin für den 18. November 2025 vorgesehen.

Aktueller Stand zur Vorbereitung der Haushaltsbegleitgesetze 2026

Der Senat hat im Zuge seiner Beschlussfassung zu den Eckwerten 2026/2027 vom 17. Juni 2025 die Fachressorts gebeten, etwaige Gesetzesanpassungen zum Zwecke der Umsetzung der beschlossenen strukturellen Entlastungsmaßnahmen dem Senator für Finanzen zur Vorbereitung der Haushaltsbegleitgesetze 2026 mitzuteilen. Diese betreffen u.a. ggf. erforderliche Gesetzesanpassungen im Zusammenhang mit der Begrenzung der Kosten in der Kita-Versorgung auf Stadtstaaten-Niveau pro Platz sowie bei der Dualisierung der Erzieher*innen-Ausbildung.

Der Senator für Finanzen hat vor diesem Hintergrund im Zusammenhang mit der Erfassung der Umsetzungsstände zu den strukturellen Entlastungsmaßnahmen und Eckwertebeschlüssen mit Schreiben vom 13. August 2025 die Fachressorts darum gebeten, ihm auch mitzuteilen, inwiefern im Kontext der Maßnahmen- bzw. Beschlussumsetzung etwaige Gesetzesänderungen erforderlich sind, die in das Haushaltsbegleitgesetz aufzunehmen sind. Bezüglich des Wegfalls des Widerspruchsverfahrens, der Einführung

der Genehmigungsfiktion sowie Streichung der landesgesetzlichen Statistiken wurde mitgeteilt, dass die erforderlichen Anpassungen außerhalb des Haushaltsbegleitgesetzes in gesonderten Verfahren erfolgen sollen.

Aktuell in der Prüfung zur Aufnahme in das Haushaltsbegleitgesetz befindet sich die bevorstehende Anpassung des Gesetzes über das Privatschulwesen und den Privatunterricht (Privatschulgesetz). Hierzu befindet sich der Senator für Finanzen aktuell noch im Austausch mit dem Senator für Kinder und Bildung, um Einzelheiten abzuklären. Sofern noch weitere Gesetzesanpassungen in das Haushaltsbegleitgesetz aufzunehmen sind, wird gebeten, diese bis zum 24. Oktober 2025 dem Senator für Finanzen mitzuteilen.

Nachrichtlich wird darauf hingewiesen, dass bei den zu übermittelten Gesetzesanpassungen zur Aufnahme in das Haushaltsbegleitgesetz die dazugehörigen Beteiligungsverfahren durch die betroffenen Fachressorts eigenständig und rechtzeitig sicherzustellen sind.

C. Alternativen

Alternativen werden nicht empfohlen.

D. Finanzielle und Personalwirtschaftliche Auswirkungen, Gender-Prüfung, Klimacheck

Die finanziellen Auswirkungen sind Bestandteil der Ausführungen unter B. Lösung.

Die Ressorts sind angehalten, im Rahmen ihrer Haushaltsentwürfe sowie bei der Festlegung von strategischen Zielen und Kennzahlen des Produktgruppenhaushalts sowie bei den damit verbundenen Änderungen, die Aspekte einer gleichstellungsorientierten Steuerung einzubeziehen (Gender Budgeting).

Klimacheck:

Die Beschlüsse in der Senatsvorlage haben, auf Basis des Klimachecks, voraussichtlich keine neuen Auswirkungen auf den Klimaschutz. Durch die Fortführung des Aktionsplan Klimaschutz verfolgt der Senat weiter seine klimapolitischen Ziele.

E. Beteiligung und Abstimmung

Die Abstimmung der Vorlage mit der Senatskanzlei ist eingeleitet.

F. Öffentlichkeitsarbeit und Veröffentlichung nach dem Informationsfreiheitsgesetz

Die Vorlage ist für die Öffentlichkeitsarbeit geeignet und soll in das zentrale Informationsregister nach dem Bremischen Informationsfreiheitsgesetz eingestellt werden.

G. Beschluss

1. Der Senat nimmt den aktuellen Verfahrensstand zur Aufstellung der Haushalte 2026/2027 einschließlich der Ergebnisse der Beratungen der Fachdeputationen und Fachausschüsse zur Kenntnis.
2. Der Senat nimmt den aktuellen Stand zu den Wirtschaftsplänen für die sonstigen Sondervermögen, die bremischen Eigenbetriebe und Anstalten des öffentlichen Rechts zur Kenntnis.
3. Der Senat stimmt den dargestellten Anpassungsbedarfen infolge weitgehend technischer Korrekturen in den Produktplänen 21 Kinder und Bildung, 68 Bau, Mobilität und Stadtentwicklung sowie 24 Hochschulen und Forschung zu.
4. Der Senat bittet den Senator für Finanzen, die Wirtschaftspläne 2026/2027 der Sondervermögen Immobilien und Technik (Land und Stadt) und der Anstalt zur Bildung einer Rücklage für Versorgungsvorsorge (AVV) dem Haushalts- und Finanzausschuss jeweils in seiner Eigenschaft als zuständiger Sondervermögensausschuss zur Beschlussfassung – gemeinsam mit den Haushaltsentwürfen – vorzulegen. Bis dahin gelten die Regelungen für die haushaltslose Zeit.
5. Der Senat bittet die Senatorin für Arbeit, Soziales, Jugend und Integration, den Wirtschaftsplan des Eigenbetriebes Werkstatt Bremen unmittelbar nach Befassung des Betriebsausschusses der zuständigen Fachdeputation zur Beschlussfassung vorzulegen, um den Wirtschaftsplan möglichst noch in das reguläre parlamentarische Haushaltsaufstellungsverfahren einbringen zu können.
6. Der Senat bittet die Fachressorts im Kontext der Umsetzung von Sanierungs- bzw. strukturellen Entlastungsmaßnahmen die Notwendigkeit von etwaigen noch vorzunehmenden Gesetzesänderungen zu prüfen und diese – sofern sie Eingang in das Haushaltsbegleitgesetz finden sollen – dem Senator für Finanzen bis zum 24. Oktober 2025 zu übermitteln.
7. Der Senat bittet den Senator für Finanzen über eventuelle noch erforderliche Anpassungsnotwendigkeiten im Rahmen der vorgesehenen Befassung zur Einbringung seiner Mitteilungen zu den Haushaltsplanentwürfen 2026/2027 an die Bremische Bürgerschaft zu berichten.

Deputation	Datum der Sitzung	Für Produktplan bzw. -pläne	Beschluss
Deputation für Inneres	18.09.2025	PPL 07 Inneres	<u>Staatlich:</u> 1. Die staatliche Deputation für Inneres stimmt den Haushaltsentwürfen 2026/2027 des Senators für Inneres und Sport für den Produktplan 07 „Inneres“ und dem Fremdbewirtschaftungsteil im Produktplan 96 IT zu. 2. Die staatliche Deputation für Inneres stimmt den Vorschlägen des Senators für Inneres und Sport zu den Anträgen der Beiräte nach § 32 Abs. 1 OBG zur Haushaltsaufstellung 2026/2027 zu <u>Städtisch:</u> 3. Die städtische Deputation für Inneres stimmt den Haushaltsentwürfen 2026/2027 des Senators für Inneres und Sport für den Produktplan 07 „Inneres“ und dem Fremdbewirtschaftungsteil im Produktplan 96 IT zu. 4. Die städtische Deputation für Inneres stimmt den Vorschlägen des Senators für Inneres und Sport zu den Anträgen der Beiräte nach § 32 Abs. 1 OBG zur Haushaltsaufstellung 2026/2027 zu
Deputation für Sport	01.10.2025	PPL 12 Sport	1. Die staatliche und städtische Deputation für Sport stimmt den jeweiligen Haushaltsvorentwürfen 2026 und 2027 für den Produktplan 12 Sport zu. 2. Die staatliche und städtische Deputation für Sport stimmt den jeweiligen Vorschlägen des Senators für Inneres und Sport zu den Anträgen der Beiräte nach § 32 Abs. 1 OBG zur Haushaltsaufstellung 2026/27 zu.
Deputation für Kinder und Bildung	07.10.2025	PPL 21 Kinder und Bildung	1. Die staatliche Deputation für Kinder und Bildung beschließt die Haushaltsentwürfe 2026/2027. 2. Die städtische Deputation für Kinder und Bildung beschließt die Haushaltsentwürfe 2026/2027 und stimmt den Wirtschaftsplänen von KiTa Bremen zu. 3. Die städtische Deputation für Kinder und Bildung stimmt den zu den einzelnen Anträgen der Ortsämter in der anliegenden Auflistung unterbreiteten Beschlussvorschlägen der Senatorin für Kinder und Bildung zu.
Deputation für Kultur	24.09.2025	PPL 22 Kultur	1. Die staatliche Deputation für Kultur stimmt den Entwürfen der kameralen Haushalte und des Produktgruppenhaushalts 2026 und 2027 Land zu. 2. Die städtische Deputation für Kultur stimmt den Entwürfen der kameralen Haushalte und des Produktgruppenhaushalts 2026 und 2027 Stadtgemeinde zu. 3. Die städtische Deputation für Kultur stimmt den Wirtschaftsplänen der Eigenbetriebe und den Museumstiftungen ö.R. zu. 4. Die städtische Deputation für Kultur bittet die Volkshochschule bis zum 10. Oktober 2025 um Vorlage eines Modernisierungskonzeptes an den Betriebsausschuss. 5. Die städtische Deputation für Kultur stimmt der Stellungnahme bzgl. der Anträge der Beiräte entsprechend der Anlage zu. 6. Die Deputation für Kultur bittet den Senator für Kultur, über den weiteren Fortgang der Haushaltsaufstellung zu berichten.
Deputation für Arbeit	23.09.2025	PPL 31 Arbeit	Die staatliche Deputation für Arbeit stimmt den Haushaltsentwürfen 2026 und 2027 für den Produktplan Arbeit zu.
Deputation für Soziales, Jugend und Integration	17.09.2025	PPL 41 Jugend und Soziales	1. Die staatliche Deputation für Soziales, Jugend und Integration stimmt den Haushaltsvorentwürfen 2026 und 2027 Land für den Produktplan Jugend und Soziales zu. 2. Die staatliche Deputation für Soziales, Jugend und Integration bittet die Verwaltung, dem Senator für Finanzen über die Beratung und Beschlussfassung dieser Vorlage zu berichten. 3. Die städtische Deputation für Soziales, Jugend und Integration stimmt den Haushaltsvorentwürfen 2026 und 2027 Stadtgemeinde für den Produktplan Jugend und Soziales zu. 4. Die städtische Deputation für Soziales, Jugend und Integration bittet die Verwaltung, dem Senator für Finanzen über die Beratung und Beschlussfassung dieser Vorlage zu berichten.

Deputation	Datum der Sitzung	Für Produktplan bzw. -pläne	Beschluss
Deputation für Gesundheit, Pflege und Verbraucherschutz	30.09.2025	PPL 51 Gesundheit und Verbraucherschutz	1. Die staatliche Deputation für Gesundheit, Pflege und Verbraucherschutz stimmt den Haushaltsvorentwürfen für den Produktplan 51 – Gesundheit und Verbraucherschutz zu. 2. Die städtische Deputation für Gesundheit, Pflege und Verbraucherschutz stimmt den Haushaltsvorentwürfen für den Produktplan 51 – Gesundheit und Verbraucherschutz zu. 3. Die städtische Deputation für Gesundheit, Pflege und Verbraucherschutz beschließt die Anträge der Ortsämter und Beiräte gemäß der Anlage 05.
Deputation für Umwelt, Klima und Landwirtschaft	25.09.2025	PPL 61 Umwelt, Klima und Landwirtschaft	1. Die Deputation für Umwelt, Klima und Landwirtschaft (L/S) stimmt den Haushalten 2026/2027 zu und nimmt die Entwürfe der anliegenden Wirtschaftspläne „Der Bremer Stadtreinigung AöR“ und „Umweltbetrieb Bremen“ zur Kenntnis und schließt sich den Stellungnahmen des Ressorts zu den Anträgen der Ortsämter an. 2. Die städtische Deputation für Umwelt, Klima und Landwirtschaft beschließt die Festsetzung der Wirtschaftspläne des SV Infrastruktur für die Jahre 2026 und 2027 und nimmt den Finanzplan bis 2029 zur Kenntnis.
Deputation für Mobilität, Bau und Stadtentwicklung	18.09.2025	PPL 68 Bau, Mobilität und Stadtentwicklung	1. Die Deputation für Mobilität, Bau und Stadtentwicklung (L/S) stimmt den Haushaltsvoranschlägen 2026/2027 zu. 2. Die Deputation für Mobilität, Bau und Stadtentwicklung (L/S) stimmt den Haushaltsvoranschlägen 2026/2027 zu. Die Deputation für Mobilität, Bau und Stadtentwicklung (L/S) schließt sich den Stellungnahmen des Ressorts zu den Anträgen der Ortsämter an. 3. Die städtische Deputation für Mobilität, Bau und Stadtentwicklung beschließt die Festsetzung der Wirtschaftspläne des SV Infrastruktur für die Jahre 2026 und 2027 und nimmt den Finanzplan bis 2029 zur Kenntnis.
Deputation für Wirtschaft und Häfen	01.10.2025	PPL 71 Wirtschaft und PPL 81 Häfen	1. Die staatliche Deputation für Wirtschaft und Häfen stimmt dem Haushaltsentwurf für die Einzelpläne 07 und 08 sowie dem Produktplan 71 Wirtschaft (Land) und 81 Häfen (Land) für die Jahre 2026 und 2027 zu. 2. Die städtische Deputation für Wirtschaft und Häfen stimmt dem Haushaltsentwurf für die Einzelpläne 37 und 38 sowie dem Produktplan 71 Wirtschaft (Stadt) und 81 Häfen (Stadt) für die Jahre 2026 und 2027 zu. 3. Die städtische Deputation für Wirtschaft und Häfen fasst nachfolgende Beschlüsse zu den Anträgen der Beiräte

Anlage 2 zu SV Haushalte 26_27 nach Deputationen

Ausschuss	Datum der Sitzung	Für Produktplan bzw. -pläne	Beschluss
Ausschuss für Bundes- und Europangelegenheiten, internationale Kontakte und Zusammenarbeit	30.09.2025	PPL 04 Europa	Kenntnisnahme
		PPL 05 Bundesangelegenheiten	Kenntnisnahme
Ausschuss für Wissenschaft, Medien, Datenschutz, Informationsfreiheit und Digitalisierung	Befassung nach Überweisung durch die Bürgerschaft		
Ausschuss für die Gleichstellung der Frau	25.09.2025	PPL 08 Gleichstellung der Frau	Der Ausschuss für die Gleichstellung der Frau der Bremischen Bürgerschaft nimmt den Haushaltsentwurf 2026/27 zur Kenntnis.
		Stabsbereich Frauen im PPL 51	Der Ausschuss für die Gleichstellung der Frau nimmt den Haushaltsentwurf des Stabsbereichs Frauen bei der Senatorin für Gesundheit, Frauen und Verbraucherschutz für die Jahre 2026 und 2027 zur Kenntnis
Rechtsausschuss	Befassung nach Überweisung durch die Bürgerschaft		
Ausschuss für Angelegenheiten der Häfen im Lande Bremen	24.09.2025	PPL 81 Häfen	1. Der Ausschuss für die Angelegenheiten der Häfen im Lande Bremen stimmt dem Haushaltsentwurf für den Einzelplan 08 sowie dem 81 Häfen (Land) für die Jahre 2026 und 2027 zu. 2. Der Ausschuss für die Angelegenheiten der Häfen im Lande Bremen stimmt dem Haushaltsentwurf für den Einzelplan 38 sowie dem Produktplan 81 Häfen (Stadt) für die Jahre 2026 und 2027 zu.

Anlage 3

Liste der Anträge nach § 32 Abs. 1 OBG zur Haushaltsaufstellung 2026/2027

Ressort	lfd. Nr.	Antragstellendes Ortsamt (Beirat)	Antragsdatum	Stichwort / Kurzbeschreibung	Fachdeputation-Datum	Feststellung/ Empfehlung
SKB	1.	Huchting	11.02.2025	105% Personalquote an Huchtinger Schulen	07.10.2025	Ablehnung
SKB	2.	Huchting	11.02.2025	Neubau als Ersatzbau Kinder- und Familienzentrum Robinsbalje	07.10.2025	Ablehnung
SASJI	3.	Gröpelingen	18.02.2025	Auskömmliche Finanzierung der Sozialen Einrichtung „Wilder Westen“ in Gröpelingen	09.10.2025	Ablehnung
SWHT	4.	Gröpelingen	18.02.2025	Ausfinanzierung des Fährverkehrs im Dreieck Gröpelingen – Überseestadt –	01.10.2025	Teilweise Zustimmung
SASJI	5.	Huchting	20.01.2025	Mittelverteilung Offene Kinder- und Jugendarbeit	09.10.2025	Ablehnung
SASJI, SGFV	6.	Walle	13.02.2025	Finanzierung und Fortbestand der „Blauen Manege“ und der „Blaue Karawane e. V.“	09.10.2025, 30.09.2025	Ablehnung
SKB	7.	Gröpelingen	25.02.2025	Gründung einer vierzügigen Oberschule mit Mensa im (gebundenen) Ganzttag	07.10.2025	Ablehnung
SKB	8.	Gröpelingen	24.02.2025	Sofortige Errichtung eines Interimsgebäudes an der Grundschule Auf den Heuen	07.10.2025	Ablehnung
SKB	9.	Gröpelingen	24.02.2025	Ausbau der Grundschule Auf den Heuen zur dreizügigen gebundenen Ganztagsgrundschule	07.10.2025	Ablehnung
SUKW	10.	Findorff	25.02.2025	Mittel für Baumschutz	25.09.2025	Zustimmung
SGFV u.A.	11.	Gröpelingen	26.02.2025	Finanzierung der integrierten Drogenhilfestrategie	30.09.2025	Teilweise Zustimmung
SKB	12.	Gröpelingen	28.02.2025	Finanzierung QBZ Morgenland	07.10.2025	Teilweise Zustimmung
SKB	13.	Gröpelingen	26.02.2025	Abriss und Neubau der Kita „Am Nonnenberg	07.10.2025	Ablehnung
SGFV u.A.	14.	Neustadt	27.02.2025	Finanzierung der integrierten Drogenhilfestrategie	30.09.2025	Teilweise Zustimmung
SKB	15.	Huchting	17.02.2025	dauerhafte Sicherstellung Finanzierung des QBZ Robinsbalje	07.10.2025	Zustimmung
SBMS	16.	Walle	27.02.2025	Asphaltierung der Fleetstraße zwischen Glücksburger Straße und Bahnfläche	18.09.2025	Ablehnung
SWHT	17.	Walle	03.03.2025	Ausfinanzierung des Fährverkehrs im Dreieck Gröpelingen – Überseestadt – Woltmershausen	01.10.2025	Teilweise Zustimmung
SBMS	18.	Walle	03.03.2025	Mittel für Verkehrsmaßnahmen zur Herstellung von Barrierefreiheit	18.09.2025	Ablehnung
SUKW	19.	Walle	03.03.2025	Budget für Baumschutz und Grünpflege	25.09.2025	Zustimmung
SBMS	20.	Woltmershausen	09.12.2024	Ausbau Tettenser weg	18.09.2025	Zustimmung
SKB	21.	Schwachhausen	24.03.2025	Personalausstattung Schulen 105%	07.10.2025	Ablehnung
SBMS	22.	Walle	03.03.2025	Sanierung des Hohwegs und Herstellung von Zuwegungen	18.09.2025	Ablehnung
SASJI, SIS	23.	Neustadt	27.03.2025	Bereitstellung 94.000,-€ p.a. für Sozialraumläufer	09.10.2025, 18.09.2025	Ablehnung

Anlage 3

Ressort	lfd. Nr.	Antragstellendes Ortsamt (Beirat)	Antragsdatum	Stichwort / Kurzbeschreibung	Fachdeputation-Datum	Feststellung/ Empfehlung
SGFV SKB	24.	Huchting	17.03.2025	Bereitstellung Haushaltsmittel für notwendigen Ausbau Kindertagesbetreuung	30.09.2025 07.10.2025	Teilweise Zustimmung
SASJI	25.	Huchting	17.03.2025	bedarfsgerechte Ausstattung der OKJA und Umstellung Auszahlungsmodus	09.10.2025	Ablehnung
SKB	26.	Huchting	17.03.2025	Ausbau Ganztagsbetreuung GS Grolland, Nachmittagsbetreuung Grundschule Grolland, Ermäßigung Geschwisterkinder, Erhalt Musik- und Sportprofil GS Grolland	07.10.2025	Zustimmung im Grundsatz, Ablehnung einzelner Punkte.
SUKW	27.	Huchting	17.03.2025	Befestigung Wegeverbindung Willakedamm - Delfter Straße	25.09.2025	Zustimmung
SKB (SF)	28.	Huchting	17.03.2025	Ausbau der Huchtinger Schulen	08.10.2025	Ablehnung
SASJI	29.	Huchting	17.03.2025	Weiterfinanzierung des Förderprogrammes "lokales Kapital für soziale Zwecke"	08.10.2025	Ablehnung
SUKW	30.	Huchting	17.03.2025	Befestigung Heulandsweg in Grolland	25.09.2025	Ablehnung
SBMS	31.	Huchting	17.03.2025	Herstellung eines Gehweges in der Brokhuchtinger Landstraße	18.09.2025	Ablehnung
SBMS	32.	Huchting	17.03.2025	Herstellung eines Gehweges in der Dovemoorstraße	18.09.2025	Ablehnung
SBMS, SASJI	33.	Huchting	17.03.2025	Mittel für die Erarbeitung eines IEK Huchting	18.09.2025, 09.10.2025	Ablehnung
SBMS	34.	Osterholz	24.03.2025	Erhöhung des Stadtteilbudgets für Straßenerhaltung und Verkehrssicherheit	18.09.2025	Ablehnung
SBMS	35.	Osterholz	24.03.2025	Erhöhung der Mittel für Straßenerhaltung	18.09.2025	Ablehnung
SGFV	36.	Osterholz	04.04.2025	Fortschreibung der Mittel für das Café Abseits und der dort angedockten Projekte	30.09.2025	Teilweise Zustimmung
SKB	37.	Osterholz	04.04.2025	Bereitstellung von Mitteln für die Umweltlernwerkstatt	07.10.2025	Ablehnung
SKB	38.	Osterholz	04.04.2025	Bereitstellung von (jährlichen) Mitteln für das QBZ Blockdick	07.10.2025	Zustimmung
SASJI	39.	Osterholz	04.04.2025	Einstellung von Mitteln für den Kinderbauernhof Tenever	09.10.2025	Ablehnung
SWHT	40.	Osterholz	07.04.2025	Förderung des Vereins "Aktiv für Osterholz" und des Fördervereins Schweizer Viertel"	01.10.2025	Zustimmung
SBMS	41.	Hemelingen	03.04.2025	Aufstockung der Mittel für die Straßenerhaltung und die Sanierung der Rad- und Fußwege	18.09.2025	Ablehnung
SASJI	42.	Hemelingen	03.04.2025	Anpassung der Mittel für die OKJA entsprechend des ausgewiesenen Bedarfs anhand der Jugendbevölkerung und der Sozialindikatoren	09.10.2025	Ablehnung
SUKW	43.	Hemelingen	03.04.2025	Anhebung Grünflächenbudget (um je eine Stufe) im Stadtteil	25.09.2025	Teilweise Zustimmung

Anlage 3

Ressort	lfd. Nr.	Antragstellendes Ortsamt (Beirat)	Antragsdatum	Stichwort / Kurzbeschreibung	Fachdeputation-Datum	Feststellung/ Empfehlung
SKB, SIS	44.	Hemelingen	03.04.2025	zusätzliche Mittel für dringende Instandhaltungen und Sanierungen im Bereich Bildung und Sport	07.10.2025, 01.10.2025	Ablehnung
SK	45.	Hemelingen	03.04.2025	Ausstattung Beiratsmitglieder mit Tablett und OÄ mit Technik und Personal		Teilweise Zustimmung
SIS, SKB, SASJI	46.	Hemelingen	03.04.2025	Entwicklung des Rennbahngeländes und Ansiedlung verschiedenster Institutionen einschließlich Umzug des ATSV Sebaldsbrück und Ausbau der Oberschule Sebaldsbrück	01.10.2025, 07.10.2025, 09.10.2025	Ablehnung
SUKW					25.09.2025	Zustimmung
SBMS	47.	Hemelingen	03.04.2025	nachhaltige Sanierung der Hemelinger Heerstraße und der Arberger Heerstraße inklusive kompletter Überplanung der Nebenanlagen	18.09.2025	Ablehnung
SBMS	48.	Hemelingen	03.04.2025	Konzepterstellung zur Beseitigung von Barrieren im Stadtteil	18.09.2025	Ablehnung
SASJI	49.	Hemelingen	03.04.2025	ausreichend Mittel zur Erhaltung bzw. Wiederbesetzung der Stellen im Bereich der öffentlichen geförderten Beschäftigung	08.10.2025	Ablehnung
SASJI	50.	Hemelingen	03.04.2025	ausreichend Mittel zur Einrichtung bzw. Erhöhung eines Budgets für soziokulturelle Teilhabe von Senior:innen und die Schaffung von offenen Angeboten in allen Ortsteilen	09.10.2025	Ablehnung
SUKW	51.	Hemelingen	03.04.2025	ausreichend Mittel für die Schaffung eines Stadtteilbudgets für die Umsetzung von Maßnahmen für den Klimaschutz für den Beirat	25.09.2025	Ablehnung
SGFV	52.	Hemelingen	03.04.2025	ausreichend Mittel zur Errichtung eines kommunalen Medizinischen Versorgungszentrums (MVZ) für den Stadtteil Hemelingen	30.09.2025	Teilweise Zustimmung
SKB	53.	Hemelingen	03.04.2025	ausreichend Mittel zur Sanierung der städtischen Kitas – prioritär des KUFZ Osterhop, aber auch für alle weiteren Kitas mit Sanierungsbedarf im Stadtteil	07.10.2025	Teilweise Zustimmung
SF, SKB, SASJI	54.	Huchting	28.04.2025	Finanzierung Ausbau BuS Huchting	07.10.2025, 09.10.2025	Ablehnung
SKB	55.	Huchting	28.04.2025	Dauerhafte Finanzierung des QBZ Robinsbalje	07.10.2025	Zustimmung

Anlage 3

Ressort	lfd. Nr.	Antragstellendes Ortsamt (Beirat)	Antragsdatum	Stichwort / Kurzbeschreibung	Fachdeputation-Datum	Feststellung/ Empfehlung
SASJI	56.	Huchting	28.04.2025	Finanzierung der Sozialrechtsberatung der Aktionsgemeinschaft arbeitsloser Bürgerinnen und Bürger e.V. über den 30.06.2025 hinaus	08.10.2025	Ablehnung
SIS	57.	Burglesum	28.04.2025	Sanierung und öffentliche Nachnutzung Polizeigebäude Hindenburgstraße	18.09.2025	Ablehnung
SASJI	58.	Burglesum	28.04.2025	Angebotsausweitung OKJA	09.10.2025	Ablehnung
SASJI	59.	Burglesum	28.04.2025	Einrichtung Streetballfeld Woldes Wiese	09.10.2025	Ablehnung
SBMS	60.	Burglesum	28.04.2025	Fußgängerfreundlicher Ausbau Kreuzung Am Heidbergstift - A270	18.09.2025	Ablehnung
SBMS	61.	Burglesum	28.04.2025	Sanierung Stader Landstraße	18.09.2025	Ablehnung
SUKW	62.	Burglesum	28.04.2025	Fertigstellung Wegeverbindung am Grambker See	25.09.2025	Ablehnung
SUKW	63.	Burglesum	28.04.2025	Mittel für vorgeschriebene Ersatzpflanzungen Straßenbegleitgrün		Teilweise Zustimmung
SASJI	64.	Horn-Lehe	15.05.2025	Erhöhung der Finanzierung der offenen Kinder- und Jugendarbeit um 25 Prozent	09.10.2025	Ablehnung
SBMS	65.	Vahr	22.04.2025	Erhöhung der WiN-Mittel für die Vahr	18.09.2025	Ablehnung
SASJI	66.	Huchting	19.05.2025	Sicherstellung der Finanzierung der Sprach- und Kulturmittler der BRAS e.V.	08.10.2025	Ablehnung
SBMS	67.	Osterholz	26.05.2025	Sicherung WiN-Mittel für Osterholz	18.09.2025	Zustimmung
SASJI	68.	Osterholz	26.05.2025	Finanzierung der Beratungsstelle Ost der AGAB e.V.	08.10.2025	Ablehnung
SASJI	69.	Osterholz	26.05.2025	Finanzierung des Café Schweizer Viertel	09.10.2025	Ablehnung
SASJI	70.	Osterholz	26.05.2025	Finanzierung desMütterzentrums Tenever	09.10.2025	Ablehnung
SKB	71.	Gröpelingen	22.05.2025	WuE-Ausbau der Gröpelinger Schulen	07.10.2025	Ablehnung
SASJI	72.	Walle	04.06.2025	Fortbestand Beratungsstelle West	08.10.2025	Ablehnung
SASJI, SGFV	73.	Walle	04.06.2025	Fortbestand "Arbeit im Fokus" u.a.	08.10.2025	Ablehnung
SWHT	74.	Woltmershausen	16.06.2025	Ausfinanzierung Weserfähre im Dreieck	01.10.2025	Teilweise Zustimmung
SBMS	75.	Borgfeld	23.06.2025	Umgestaltung der Ortsmitte	18.09.2025	Ablehnung
SASJI	76.	Gröpelingen	18.06.2025	Finanzierung der Beratungsstelle West der AGAB	08.10.2025	Ablehnung
SGFV	77.	Vegesack	16.06.2025	Finanzierung Drogenhilfestrategie	30.09.2025	Teilweise Zustimmung
SIS	78.	Vegesack	16.06.2025	Umkleidegebäude BSA Oeversberg	01.10.2025	Ablehnung
SWHT	79.	Vegesack	16.06.2025	Institutionelle Förderung Festival Maritim	01.10.2025	Ablehnung
SIS	80.	Vegesack	16.06.2025	Neubau Fritz-Piaskowski-Bad	01.10.2025	Zustimmung
SGFV	81.	Vegesack	16.06.2025	Finanzierung Hebammenzentrum Bremen-Nord	30.09.2025	Ablehnung

Anlage 3

Ressort	lfd. Nr.	Antragstellendes Ortsamt (Beirat)	Antragsdatum	Stichwort / Kurzbeschreibung	Fachdeputation-Datum	Feststellung/ Empfehlung
SfK	82.	Vegesack	16.06.2025	Sicherung der Finanzierung des Kulturbüros Bremen-Nord	24.09.2025	Ablehnung
SASJI	83.	Vegesack	16.06.2025	Einrichtung begleitete Notunterkunft für Obdachlose in Vegesack	09.10.2025	Ablehnung
SfK	84.	Findorff	01.06.2025	Finanzierung der technischen Ausstattung für den Ersatzneubau Schlachthof	24.09.2025	Teilweise Zustimmung
SBMS	85.	Oberneuland	27.05.2025	Linienführung Line 33 BSAG	18.09.2025	Ablehnung
SBMS	86.	Oberneuland	27.05.2025	Sanierung Oberneulander Landstraße	18.09.2025	Ablehnung
SKB	87.	Oberneuland	27.05.2025	Schulsozialarbeit an der ObSch Rockwinkel	07.10.2025	Ablehnung
SKB	88.	Oberneuland	27.05.2025	Turnhalle an der ObSch Rockwinkel	07.10.2025	Ablehnung
SBMS	89.	östl. Vorstadt	19.06.2025	Gestaltung St. Jürgenstraße	18.09.2025	Ablehnung
SWHT u.a.	90.	Mitte / östl. Vorstadt	30.06.2025	Finanzierung Awareness-Team	01.10.2025	Ablehnung
SUKW	91.	Mitte / östl. Vorstadt	30.06.2025	Toiletten am Osterdeich	25.09.2025	Zustimmung
SUKW	92.	Blumenthal	07.07.2025	Erhalt der Seezeichen an der Uferpromenade am BGM Dehnpark-Weg	25.09.2025	Ablehnung
SBMS	93.	Blumenthal	07.07.2025	Sanierung des Radwegs an der Rekumer Straße	18.09.2025	Ablehnung
SBMS	94.	Blumenthal	07.07.2025	Sanierung des Fahrrad u. Fußwegs Hospitalstraße	18.09.2025	Ablehnung
SBMS	95.	Blumenthal	07.07.2025	Überdachung des Busbahnhofs Blumenthal	18.09.2025	Ablehnung
SWHT	96.	Vegesack	03.07.2025	Sanierung oder Neubau der Brücke über den Vegesacker Hafen	01.10.2025	Ablehnung
SBMS	97.	Huchting	09.09.2025	Sanierung der Haltestelle Bardenflethstraße	18.09.2025	Verspäteter Eingang